

KANTONSRAT

Unispital zum Dritten

von Konrad Langhart, Kantonsrat Die Mitte, Stammheim
04. April 2023



Bereits zum dritten (und vorläufig zum letzten) Mal wurden heute die Änderungen im Gesetz über das Universitätsspital Zürich beraten. Fast drei Jahre nachdem das Unispital wegen Missständen in die Kritik geraten war, hat das Parlament zahlreiche Veränderungen beschlossen. Ob die Gesetzesänderungen alle aufgedeckten Unzulänglichkeiten in Zukunft ausschliessen werden, darf bezweifelt werden. Wir können zwar den Verantwortlichen die nötigen Instrumente in die Hand geben. Sie müssen diese Verantwortung aber in Zukunft viel besser wahrnehmen. Das heisst, dass nicht nur hingeschaut, sondern bei Bedarf auch gehandelt wird! Nur so können Bürgerinnen und Bürger Vertrauen entwickeln in unser Gesundheitssystem, das grundsätzlich Grossartiges leistet. Aber auch in diesem Bereich müssen Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und korrigiert werden. Heiss umstritten war die Frage, wie weit Parlament und Volk bei operativen Entscheiden miteinbezogen werden sollen. Eine unheilige Allianz von Links und Rechts war der Meinung, dass das stark der Fall sein soll. Die Mitte und weitere Parteien waren der Ansicht, dass das ein erfolgreiches Agieren des Spitals eher behindert. Leider waren wir in dieser Frage in der Minderheit.

Unbestritten waren hingegen die Erneuerungswahlen der Spitalräte der vier kantonalen Spitäler (Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich und Integrierte Psychiatrie Winterthur–Zürcher Unterland). Ebenfalls unumstritten war die Abschreibung eines Postulates zur zeitgemässen Spital- und Pflegefinanzierung. Der Regierungsrat wurde aufgefordert, aufzuzeigen, ob das aktuelle Modell der stationären und ambulanten Pflegefinanzierung noch zeitgemäss ist, welches Verbesserungspotenzial er sieht und wie eine allfällige Lücke geschlossen werden kann. *Affaire à suivre.*

Hitziger zu und her ging es bei der Aufarbeitung der wochenendlichen Saubannerzüge in der Stadt Zürich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen von Links und Rechts. Der Beobachter aus dem fernen Weinland kann da nur den Kopf schütteln. Gewalt, egal aus welcher kranken politischen Ecke sie kommt, ist durch einen Rechtsstaat mit allen Mitteln zu unterbinden. Wenigstens da sollten sich eigentlich alle gewählten Volksvertreter einig sein. Leider sind aber viele entweder auf dem linken oder dem rechten Auge blind. Das ist keine gute Entwicklung.